Nicht nur Cüpli und Häppchen

Der im Herbst stattfindende Frankofonie-Gipfel in Montreux muss dem Schweizervolk erst noch erklärt werden. Das Aussendepartement ist gefordert. ***Von Christophe Büchi***

Der Frankofonie-Gipfel, den die Schweiz Ende Oktober in Montreux organisiert, ist keine kleine Sache. Denn die Organisation internationale de la Francophonie (OIF) vereinigt keineswegs nur jene Länder, in denen ein Teil der Bevölkerung seit alters Französisch spricht – beispielsweise Frankreich, Belgien und die Schweiz. Und sie umfasst auch nicht ausschliesslich Staaten, in denen Französisch offizielle Landes- und Verkehrssprache ist, wie in den vormals von Frankreich kolonisierten Staaten. Nein, die OIF zählt an die 70 Staaten, die – wie die schöne Sprachregelung lautet – sich in den Gebrauch des Französischen teilen («qui ont le français en partage»), also Länder, die auf die französische Sprache und Kultur Wert legen, aus welchen Gründen auch immer. Deshalb werden in Montreux gegen 70 Staats- und Regierungschefs erwartet, 3000 Delegierte und Hunderte von Journalisten.

Für die Schweiz kein Pappenstiel

Die Schweiz hat die Organisation dieses Gipfeltreffens kurzfristig übernommen, weil sich das hierfür ausersehene Madagaskar durch einen Staatsstreich unmöglich gemacht hatte. Zuvor mussten noch Widerstände der arabischen Länder überwunden werden, die nach der Minarett-Abstimmung mit der Schweiz haderten. Allerdings hat das Bundesparlament den Frankofonie-Kredit von 35 auf 30 Millionen Franken gekürzt. Dies war nicht das Werk isolationistischer Kleinkrämer, wie da und dort gemutmasst wurde: Auch eine unverdächtige Parlamentarierin wie die Genfer Nationalrätin Martine Brunschwig Graf hatte für die bescheidenere Variante votiert. Sicher stellt dieser Kredit nur ein Bruchstück dessen dar, was die Schweiz für die Sanierung der UBS aufgeworfen hat; aber 30 Millionen Franken sind auch für ein wohlhabendes Land wie die Schweiz kein Pappenstiel.

Die Schweizer Bürger und Bürgerinnen haben deshalb ein Anrecht darauf, dass man ihnen erklärt, was dieser Frankofonie-Gipfel soll und weshalb ausgerechnet die Schweiz ihn organisiert. Diese Fragen freilich sind nicht so leicht zu beantworten – und bisher auch nicht klar beantwortet worden.

Die erste Schwierigkeit besteht darin, dass die OIF ein kompliziertes Gebilde darstellt, das unterschiedliche Organisationen und Instanzen bündelt. Eigentlich ist es einfacher zu sagen, was sie nicht ist, als was sie ist. Sie ist nicht, wie dies immer wieder gesagt wird, eine von Frankreich gesteuerte Vierte Kolonne, die den alten französischen Kolonialismus in postkolonial seichter Verkleidung perpetuiert; es waren im Gegenteil prominente Vertreter der früheren Kolonialländer, die den Anstoss zur Frankofonie-Organisation gegeben hatten. Dass der erste Sommet de la francophonie 1986 in Versailles stattfand, hat diesen Aspekt allerdings verschleiert.

Die OIF ist auch nicht nur ein internationales Netzwerk zur Pflege der französischen Sprache und Kultur (dies zwar auch). Sie ist vielmehr eine Föderation von Organisationen, die sich auch für die Förderung der Demokratie, für kulturelle Vielfalt, für technische Zusammenarbeit und den Dialog Nord - Süd einsetzen. Sie könnte also – mit einem Anglizismus! – als frankofones Commonwealth bezeichnet werden. Doch gerade diese breite Ausrichtung macht es schwer zu sagen, wo ihr Fokus liegt.

La Suisse – pourquoi?

Aber auch das Engagement der Schweiz bleibt erklärungsbedürftig. Sicher, unser Land hat Anteil am Stammgebiet der französischen Sprache, und gut ein Fünftel der Schweizer Bevölkerung spricht Französisch. Mehr noch: Die Schweiz als Ganzes ist von französischer Kultur durchtränkt, und bis Mitte des 19. Jahrhunderts war die Eidgenossenschaft nicht nur kulturell, sondern auch politisch, militärisch und wirtschaftlich stark auf Frankreich ausgerichtet. Aber dies reicht wohl kaum aus, um unseren Einsatz in der Frankofonie-Ländergruppe hinreichend zu begründen.

Es gibt aber handfestere Argumente. Die OIF ist ein grosses internationales Netzwerk, das sich über alle Kontinente erstreckt; die Schweiz hat gerade in der Libyen-Krise wieder erlebt, wie sehr sie der Welt angehört – und dass die alte Lebensweisheit «pour vivre heureux, vivons cachés!» oft nur ein frommer Wunsch bleibt. In dieser Situation können gute Kontakte, nicht zuletzt in der afrikanischen und asiatischen Welt, sicher nicht schaden. Und schliesslich können die frankofonen Staaten auch zu einer Stütze werden, wenn es um die «Verteidigung» des internationalen Genf geht.

Ob diese Argumente ausreichen, um das Engagement der Schweiz in der OIF allgemein verständlich zu machen? Noch bleiben Zweifel. Die Eidgenossenschaft will den Frankofonie-Gipfel nicht zu einem Anlass verkommen lassen, an dem nur der Champagner fliesst und Apéro-Häppchen gereicht werden; vielmehr soll er zu einem volksnahen Evènement werden, das die ganze Schweiz interessiert. Schön. Doch braucht es noch einige Überzeugungsarbeit, damit sich dies in der Schweiz herumspricht.

BP in den Klauen der Politik

BP ist in der Lage, für den im Golf von Mexiko entstandenen Schaden aufzukommen. Probleme entstehen jedoch, wenn die Politik Zusatzforderungen stellt. ***Von Sergio Aiolfi***

Das Ausmass des Erdöl-Lecks im Golf von Mexiko übertrifft alles bisher Bekannte. Seit Ende April sind über 500 Millionen Liter Erdöl ins Meer geflossen, was im Vergleich das «Exxon Valdez»-Desaster von 1989, als vor der Küste Alaskas 40 Millionen Liter ausliefen, als unbedeutende Episode erscheinen lässt. Es dürfte wohl noch viele Jahre dauern, bis die entstandenen Schäden behoben sind, und künftig wird die BP-Bohrinsel «Deepwater Horizon», bei deren Explosion am 20. April 11 Arbeiter ums Leben kamen, in der langen Reihe von Umweltkatastrophen als neues Mahnmal dienen: ein Symbol für die Skrupellosigkeit, mit der Grosskonzerne die Natur ausbeuten und das Leben und die Existenzgrundlage von Menschen aufs Spiel setzen.

Geschärftes Risikobewusstsein

Kann man den Erdölmulti tatsächlich der Verantwortungslosigkeit bezichtigen? Die episodische Evidenz der vergangenen Jahre scheint einen solchen Vorwurf zu rechtfertigen. 2005 ereignete sich in einer Raffinerie in Texas eine Explosion, bei der es 15 Tote gab; 2006 kam es zu einem grossen Pipeline-Leck in Alaska; zwischen 2007 und 2010 registrierten die Behörden eine Vielzahl von Verstössen gegen die Sicherheitsbestimmungen; und auch bei «Deepwater Horizon» waren offenbar grobe Fahrlässigkeit und Regelverstösse im Spiel.

Gleichwohl kann man dem Unternehmen nicht den Vorwurf machen, die Risiken des Geschäfts nicht erkannt und publik gemacht zu haben. Im «Form 20-F», einem Bericht, welcher der US Securities and Exchange Commission regelmässig zu unterbreiten ist, wies BP immer wieder auf die «operational risks» hin, auf mögliche ökologische und finanzielle Schäden, die aus dem Erdölgeschäft erwachsen könnten, und auf die Gefahren für Leib und Leben der in der Förderung tätigen Arbeiter. Als Tony Hayward 2007 das Amt des CEO übernahm, führte er ein neues «operating management system» ein, das zur Reduktion der Risiken bestimmt war und seinen Niederschlag u. a. im «20-F»-Bericht fand. Die Beschreibung der betrieblichen Risiken fiel ab 2008 sehr viel ausführlicher aus als zuvor; erstmals war da von einem «contingency plan» und «crisis management» die Rede.

Bis 2009 konnte sich auch der von BP im Nachhaltigkeits-Bericht präsentierte Leistungsausweis sehen lassen. Zwischen 2005 und letztem Jahr war es dem Unternehmen gelungen, das Volumen des bei «gewöhnlichen» Lecks ausgelaufenen Erdöls von 4,4 Millionen auf 1,2 Millionen Liter zu reduzieren. Dieser von Ernst & Young beglaubigte Track-Record wird durch den Unfall im April nun allerdings zunichtegemacht und erfordert eine Anpassung des Risikoprofils; wenn BP im nächsten Nachhaltigkeits-Bericht von «crisis management» spricht, wird etwas anderes darunter zu verstehen sein als 2009.

Auch nach diesem Extremfall kann man BP aber nicht beschuldigen, völlig unverantwortlich agiert zu haben. Zwar verfügt das Unternehmen offensichtlich nicht über die technischen Mittel, um das Loch im Meeresboden zu stopfen. Aber immerhin sind die finanziellen Mittel vorhanden, um für die Behebung des Schadens aufzukommen. So gesehen ist es ein Segen, dass das Unglück einem Multi vom Kaliber von BP widerfahren ist; bei einem kleineren Unternehmen hätte unweigerlich der Staat in die Lücke springen müssen.

Unbegrenzte Haftung

Die Grösse des Konzerns hat aber auch den Nachteil, dass er sich als Feindbild geradezu anbietet. BP-Bashing ist zum Volkssport geworden, und Umweltschützer sehen sich in ihrer negativen Einschätzung der Branche bestätigt. Auch die Regierung in Washington hat sich mit Kritik nicht zurückgehalten und den Konzern zur Äufnung eines Fonds von 20 Milliarden Dollar genötigt, der zur Abgeltung entstandener Schäden dienen soll und, so wurde betont, später noch aufgestockt werden könnte. Damit ist eine Pandorabüchse geöffnet worden: BP riskiert, unbegrenzt haften und ausufernde Forderungen erfüllen zu müssen. Sollte der Konzern gezwungen werden, für die wirtschaftlichen Folgen des Lecks in einem umfassenden Sinne aufzukommen (mit Entschädigungen für Einkommensausfälle in der Fischerei und der Tourismusbranche, Kompensationen für Erdölarbeiter, die wegen des von Washington nach «Deepwater Horizon» verfügten – und jetzt aufgehobenen – Tiefseebohr-Moratoriums beschäftigungslos geworden sind), könnte dies ruinöse Folgen haben. Waren die Risiken des Erdölgeschäfts an sich noch überschaubar, sind die von der Politik ins Spiel gebrachten Forderungen nicht mehr kalkulierbar – ein Grund, weshalb die Investoren die BP-Aktien massenweise verkauft haben.

Sollte BP untergehen (was unwahrscheinlich ist), wäre dies zu verschmerzen. Sollte wegen BP jedoch die ganze Branche unter Beschuss geraten, könnte Schaden grösseren Ausmasses entstehen. Die USA sind auf die Multis angewiesen; denn nur sie sind imstande, die mit den Tiefseebohrungen verbundenen Risiken angemessen abzudecken.

Im Wunderland – wir haben eine kognitive Grenze überschritten

Die Medien sind voller Berichte zur Finanzkrise – die Analysen türmen sich, die Rettungsvorschläge jagen sich. Doch die Experten täuschen ein Verständnis vor, das sie nicht mehr haben. Ihr Versagen ist Symptom einer tieferen Ursache: Unsere Welt ist zu komplex geworden, als dass wir sie noch durchschauen könnten. ***Von Rolf Dobelli***

In «Alice im Wunderland» taucht die Titelheldin in eine Welt ein, wo die Kaninchen riesig sind, die Uhren rückwärts laufen und die Leute wie Spielkarten aussehen. Es ist eine Welt voller Paradoxa und Absurditäten, die Alice nicht mehr versteht. Wir leben zwar nicht im Wunderland, doch so ähnlich fühlt es sich an, denn wir haben eine kognitive Grenze überschritten. Es ist an der Zeit, dies auszusprechen und die Schlüsse daraus zu ziehen.

Die Medien sind voller Kommentare zur Finanzkrise. Analyse türmt sich auf Analyse, Rettungsvorschlag auf Rettungsvorschlag. Doch die Experten täuschen ein Verständnis vor, das nicht da ist. Es gibt rund eine Million ausgebildeter Ökonomen auf diesem Planeten. Kein einziger hat das Timing der Finanzkrise exakt vorausgesagt, geschweige denn, wie die Sequenz vom Platzen der Immobilienblase über den Zerfall der Credit-Default-Swaps bis hin zur ausgewachsenen Wirtschaftskrise ablaufen würde. Nie hat eine Wissenschaft spektakulärer versagt. Sollten wir nun ihre Analysen und Rettungsvorschläge ernst nehmen?

Im Erkenntnissumpf

Eine rhetorische Frage; die spannendere ist: Warum haben die Ökonomen versagt? Der Grund liegt nicht in mangelnden Daten. Neben der Astro- und Elementarteilchenphysik kann keine Wissenschaft aus einem Datenpool schöpfen wie die Ökonomie. Das Versagen hat auch nichts mit mangelndem Willen zu tun. Nirgendwo sind die monetären Anreize, die Welt zu verstehen, so gross wie auf den Finanzmärkten. Das Versagen ist blosses Symptom einer tieferen Ursache: Der Finanzmarkt ist zu komplex, als dass wir ihn prinzipiell verstehen könnten. Überall, wo wir es mit extremer Komplexität zu tun haben, stossen wir auf dieselbe Erkenntnisgrenze. Denken wir nur an die Frage der Erderwärmung, an die ewigen regionalen Konflikte, an die Proliferation von Waffen oder an die chaotischen Adoptionskurven von Modetrends. Während die harten Wissenschaften wie Physik, Chemie und besonders Biologie von Erfolg zu Erfolg schreiten, laufen wir überall dort, wo viele Menschen im Spiel sind, in den Erkenntnissumpf.

Der Schluss ist eindeutig: Wir sind an eine epistemologische Grenze gestossen. Wir haben eine Welt geschaffen, die wir nicht mehr verstehen.

Dieser Satz ist für viele schockierend, ja unerträglich, denn unser Selbstverständnis geht davon aus, dass wir mit genügend grossem Einsatz von Daten und Intelligenz prinzipiell in der Lage sind, alles zu verstehen. Doch warum sollte dies zwangsläufig so sein? Warum sollte eine Spezies, die für ein Leben als Jäger und Sammler optimiert ist, so etwas wie globale Finanzmärkte verstehen? Warum sollte die Säugetierart Homo sapiens, die während 200 000 Jahren in überschaubaren Kleingruppen von 50 Individuen gelebt hat, den Einfluss von Social-Network-Technologien auf die Konsensfähigkeit einer Gesellschaft abschätzen können? So betrachtet, erstaunt unsere Unfähigkeit nicht.

Der Punkt ist der: Die Komplexität der ökonomisch-ökologisch-sozialen Sphäre hat die Komplexität des menschlichen Hirns überstiegen. Vielleicht seit der Industrialisierung, ganz sicher aber mit der Globalisierung haben wir diese Verständnisgrenze überschritten.

Ich mag den Begriff Komplexität nicht, weil er zu oft falsch gebraucht wird. Was ich meine, sind multiple Kausalitäten (A hat einen Effekt auf B, C und D) und Rückkopplungsschleifen (A wirkt auf A zurück). Solche Systeme sind intuitiv nicht mehr zu begreifen. Wir haben kein «Gefühl» dafür. So wie wir kein «Gefühl» für die Quantenmechanik oder die Relativitätstheorie haben, haben wir kein «Gefühl» für den Grad der Verschuldung eines Staates oder für das Risiko, das in der Bilanz einer UBS schlummert. Wir haben Neuland betreten, auf das wir evolutionär nicht vorbereitet sind.

Handeln – aber wie?

Dass die Komplexität weiter zunehmen wird, steht ausser Frage. Dies bedeutet nicht, dass die Welt untergeht. Es bedeutet bloss, dass wir Fehlentscheidungen in ungeahnten Massen machen werden. Und doch kommen wir nicht darum herum, zu entscheiden und zu handeln. Aber wie? Diese Frage stelle ich mir seit einigen Jahren. Die Antworten, die ich hier offeriere, sind vorläufig und unausgegoren:

1) Jede Entscheidung zieht einen Schwarm von unbeabsichtigten Konsequenzen nach sich. Wir tun gut daran, so viele sich widersprechende Meinungen wie möglich einzuholen und so viele Züge wie möglich vorauszudenken. 2) Wir dürfen die Entscheidungsträger in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik nicht mehr an ihren Resultaten messen, sondern an ihren Entscheidungsprozessen. Wie gut wurden die Entscheidungen vorbereitet? Wurden Kritiker und unabhängige Denker eingeladen? Gibt es Eventualpläne für alle Szenarien? Solange der Entscheidungsprozess nachweislich sauber durchgeführt wurde, dürfen wir uns über die Resultate nicht aufregen. 3) Wir sollten akzeptieren, dass es keine eindeutigen Prognosen mehr gibt. Die Ergebnisse unserer Überlegungen sind bestenfalls probabilistisch, wobei die Wahrscheinlichkeiten in einem breiten Band liegen. 4) Die Interdisziplinarität ist zu fördern – besonders an den Universitäten, wo der Trend, getrieben durch die Jagd nach einem hohen Zitate-Index, leider in die andere Richtung läuft. 5) Komplexität muss wissenschaftlich erforscht werden. So etwa, wie dies ein Team unter der Leitung des ETH-Professors Dirk Helbing tut. Ebenso wichtig ist die Forschung im Bereich der Emergenz, wie sie die Gruppe um seinen ETH-Kollegen Didier Sornette betreibt.

Dass wir an kognitive Grenzen stossen, hat uns vor über 200 Jahren der Königsberger Philosoph Immanuel Kant vorgeführt. Doch erst jetzt stossen wir an eine handfeste Verständnisgrenze, die uns in spürbare Schwierigkeiten versetzt. Ohne böse Absicht haben wir ein Wunderland geschaffen, das wir nicht mehr verstehen.

Rolf Dobelli ist Schriftsteller, Unternehmer (getAbstract AG) und Gründer von Zurich.Minds, einer Community von interdisziplinären Denkern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.